

**Gemeinsamer Antrag
im Rat
der Stadt Krefeld
-öffentlich-**

**SPD
Bündnis 90/Die Grünen
Fraktion Die Linke
RH Preuß, RH Klein,
RH Heitzer, RH Drabben**

Vorlagennummer

6779/19 E

Krefeld, 25.02.2019

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Beschlussform
Rat	14.03.2019	beschließend

Betreff

**Seebrücke - Einbringung eines Antrages der Fraktionen / Einzelvertreter:
SPD, B 90/Die Grünen, Die LINKE, Ratsherr Drabben, Ratsherr Klein, Ratsherr Heitzer,
Ratsherr Preuß**

Beschlussentwurf

1. Der Rat der Stadt Krefeld teilt die Ziele der SEEBRÜCKE
und erklärt sich mit den Menschen, die sich auf der Flucht befinden und nirgendwo Aufnahme
finden, solidarisch und spricht sich deutlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem
Mittelmeer aus.

2. Der Rat der Stadt Krefeld fordert

a) den Oberbürgermeister auf, Patenschaft und finanzielle Unterstützung für ein ziviles
Seenotrettungsschiff zu übernehmen und sich öffentlich auf regionaler (Städtetag) und
europäischer Ebene (Städtepartnerschaften) für die unbürokratische Aufnahme geflüchteter
Menschen einzusetzen;

b) die Regierung Nordrhein-Westfalens und die Bundesregierung auf, im Rahmen des
Resettlements gem. § 23 Absatz 4 AufenthG und anderen Programmen der legalen Aufnahme
von Flüchtenden dauerhaft und verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bisher zu
vereinbaren. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht
auf gefährlichen illegalen Wegen ersparen;

c) die Streichung des Satzes 3 des § 23 Abs. 1 Aufenthaltsgenehmigung ein, wodurch die
Zustimmungserfordernis des Bundes für eine Flüchtlingsaufnahme entfielen.

3. Der Rat beschließt,

- a) dass die Stadt aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, ähnlich eines Relocation-Programms, aufnimmt;
- b) dass die Stadt für ein langfristiges Ankommen sorgt, indem alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung zur Verfügung gestellt werden. Diese Aufnahme erfolgt zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland NRW hergestellt.

Begründung

Auch wenn die Zahl der nach Europa flüchtenden Menschen tendenziell derzeit zurück geht, sind 2018 immer noch 2.262 beim Versuch das Mittelmeer zu überqueren ums Leben gekommen,. In den ersten Tagen des neuen Jahres sind bereits mehr als 210 Männer, Frauen und Kinder ertrunken. Nach wie vor spielt sich im Mittelmeer eine Tragödie nach der anderen ab. Zivile Rettungsschiffe werden von Italien massiv am Auslaufen gehindert. Die libysche Küstenwache lässt absichtlich Menschen ertrinken und bedroht Helfer mit dem Tod. Dieser Zustand ist im höchsten Maße menschenverachtend und beschämend. Die bundesweite Initiative SEEBRÜCKE setzt sich für die Rettung von Flüchtlingen ein und fordert u. a. Städte und Gemeinden auf, mitzuhelfen aktiv Menschen zu retten und ihnen eine sichere Bleibe zu bieten. Auch die Unterzeichner/innen sehen ihre humanistische Verantwortung angesichts des Sterbens im Mittelmeer und fordern die Stadt Krefeld auf, einen Beitrag zur Lebensrettung und nachhaltigen Hilfe für Menschen auf der Flucht zu leisten.

gez. Benedikt Winzen
SPD-Fraktion

gez. Heidi Matthias
B 90/Die Grünen

gez. DIE LINKE
Basri Cakir

gez. RH Drabben

gez. RH Preuß

gez. RH Heitzer

gez. RH Klein